Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 83. Mittwoch, 10. April 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Heimat an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Europäische Regierungskrisen.

Während die Expertenkonferenz in Paris Europa immer von neuem vor unerwartete Rätsel stellt, scheint wenigstens bei den wichtigsten Regierungen selbst die vernünftige Gesinnung auf die Notwendigkeiten der ernsten politischen Situation einzukehren. Es bereiten sich Wendungen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich und England vor. Auch in Polen und Spanien werden wohl in absehbarer Zeit normalere Verhältnisse wiederkehren. Gerade daß Pilsudski seine Ausdrücke nicht grob genug wählen kann, um das Warschauer Parlament herabzuwürdigen, verrät die Schwäche seiner eigenen Position. Seine Diktaturträume scheinen ausgeträumt zu sein, und so macht er nun seinem Zorn wenigstens in Schimpfereien Luft. Hinter dem Sejm ist freilich auch der amerikanische Finanzkontrolleur aufgetaucht, dem gegenüber weiterer Widerstand aussichtslos sein dürfte. Primo de Rivera hat aus Militär- und Studentenaufständen Konsequenzen gezogen, die auf weitgehende Regierungsmüdigkeit schließen lassen. Auch Spanien dürfte in absehbarer Zeit wieder ein Parlament bekommen. Die englische Politik ist schon heute von der Rücksicht auf den sehr wahrscheinlichen Regierungsumschwung beherrscht. Eine Mitwirkung der Arbeiterpartei in London würde für die Verständigung der europäischen Völker gewiß kein Nachteil sein. Wenn Poincaré in Frankreich scheinbar noch unerschüttert weiter regiert, so kann es doch dem tiefer blickenden Beobachter nicht verborgen bleiben, daß er schon heute mehr von der Duldung der Linksparteien abhängt, als daß ihn eine eigene starke Mehrheit trüge. Die Linksparteien haben ihren guten Grund, warum sie ihm inmitten der kritischen Reparationsverhandlungen die Verantwortung nicht abnehmen wollen. An der Linksrichtung der öffentlichen Meinung in Frankreich ist aber im übrigen nicht zu zweifeln.

Vor allem scheint aber endlich auch eine Gesundung bei den Regierungen der Mittelmächte, um diesen Kriegsausdruck noch einmal zu gebrauchen, eintreten zu wollen. Das wäre ein von Herzen zu begrüßender Umschwung. Sowohl in Oesterreich wie in Deutschland bahnen sich Verständigungen zwischen den großen Parteien an, die gegenwärtig allein in der Lage sind, auch schwerere Verantwortungen dem Volke gegenüber tragen zu können. Die Masse der Wähler wartet wohl schon lange auf diese sachlich unbedingt gebotene Verständigung. Das Zweiparteiensystem in Oesterreich hat sich letzten Endes doch als unfruchtbar erwiesen. Die verschiedenen gefährlichen Aufmärsche der zu neuem Bürgerkrieg gerüsteten Parteien mußten zu denken geben. Wahrscheinlich ist gerade aus den ernsthaften Befürchtungen, die der Heimwehr- und Schutzwehr-Rummel hervorgerufen hat, endlich der Wille zur Verständigung erwachsen. Wegen des Mieterschutzgesetzes in Wien muß gleichfalls eine vernünftige Vereinbarung nur noch als Frage der Zeit gelten. Man mag alles anerkennen, was die sozialdemokratische Regierung des Landes Wien an sozialen Einrichtungen geschaffen hat; es kann das trotzdem nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Unmöglichkeit ist, die Zwangswirtschaft des Krieges auf allen anderen Gebieten aufzuheben und nur auf dem einzigen Gebiet der Wohnungsmieten bestehen zu lassen. Jetzt scheint sich auch die österreichische Sozialdemokratie dieser Einsicht nicht länger verschließen zu wollen. Ein praktisches Zusammenarbeiten aber zwischen Sozialisten und Christlich-Sozialen würde der österreichischen Politik einen neuen Schwung und eine größere Autorität nach außen hin verleihen. Man würde das vor allem auch in der Anschlußfrage bald spüren.

Am dringendsten ist freilich die Gesundung in Deutschland nötig. Es ist bei den Reparationsverhandlungen der eigentliche Gegenspieler gegenüber der ehemaligen Entente. Von seiner politischen Kraft hängt die Bestimmung des europäischen Schicksals jetzt auf Jahrzehnte hinaus ab. Diese Kraft aber ist ihrerseits wieder von Umfang und Stärke der Regierungsbasis abhängig. Dieser Zusammenhang ist so einfach und klar, daß man schwer begreift, warum es so lange dauern mußte, bis die zur Regierung fähigen Parteien ihren Egoismus überwanden und sich zu der politisch allein möglichen Lösung der großen Koalition auch praktisch durchrangen. Auch in diesem Augenblick kann man noch nicht von einer endgültig geklärten Situation in Deutschland sprechen, da sich wegen der Haltung der Sozialdemokratie bezüglich der noch vorzunehmenden Abstimmung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A Schwierigkeiten ergeben haben, deren Behebung davon abhängen dürfte, ob sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die gemäßigten Elemente durchsetzen werden. Nach den Erfahrungen aus früheren Tagen wäre es schon möglich, — so unglaublich es erscheinen mag — daß die deutschen Koalitionsverhandlungen erneut an dem kleinlichen Parteigezänk scheitern können. Es ist aber zu hoffen, daß die Vernunft den Sieg davontragen wird, damit auch in Deutschland an die Stelle des jetzigen innerpolitischen Wirrwarrs die notwendige Klärung treten kann.

Die Frage der Regierungsbildung.

Erneute Regierungskrisis.

Beschluß der Sozialdemokratie gegen die zweite Panzerkreuzerrate.

vdz. Berlin. Die Bildung der Großen Koalition scheint doch nicht so schnell und glatt zu gelingen, wie es nach der Einigung der Finanzsachverständigen über die Etatsgestaltung den Anschein hatte. Der **Panzerkreuzer A, der schon früher den Gegenstand heftiger Parteidifferenzen** gebildet hatte, stand wieder einmal **im Mittelpunkt der Verhandlungen** zwischen den Parteivertretern. Die Sozialdemokraten waren von den bürgerlichen Parteien ersucht worden, nicht gegen die im Etat enthaltene 2. Rate für den Panzerkreuzer zu stimmen, die **sozialdemokratische Fraktion beschloß** aber mit großer Mehrheit, nämlich mit 98 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen, **auch die zweite Rate ebenso wie die erste Rate abzulehnen.** Nach dem Bekanntwerden dieses Beschlusses wurden die Aussichten für das Zustandekommen der Koalitionsregierung im Reichstag recht pessimistisch beurteilt, zumal in der sozialdemokratischen Fraktion das Ersuchen der bürgerlichen Parteien als ein Ultimatum bezeichnet worden war, dessen Ablehnung den Abbruch der Koalitionsverhandlungen bedeuten würde. Es scheint freilich noch nicht festzustehen, ob die Forderung wirklich ultimativ gemeint war.

•

Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler.

vdz. Berlin, 9. April. Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler zog sich bis gegen ½10 Uhr hin. Wie das Nachrichtenbüro des VDA. erfährt, soll in dieser Besprechung eine Formel gefunden worden sein, die am Mittwoch Gegenstand einer Kabinettssitzung sein wird und die es der Regierung ermöglichen soll, den Etat auf der Grundlage der bekannten Vereinbarungen der Finanzsachverständigen der fünf Parteien mit Unterstützung dieser Parteien — wenn auch zunächst ohne koalitionsmäßige Bindung — zur Verabschiedung zu bringen. Es wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß ein Ausschuß gebildet wird, der, ohne direkt ein interfraktioneller Ausschuß zu sein, der Verständigung zwischen den fünf Fraktionen dienen soll. Die Fraktionen nahmen nach der Besprechung beim Reichskanzler die Berichte ihrer Unterhändler entgegen. Dabei wurde festgestellt, daß das Ersuchen an die Sozialdemokraten, nicht gegen den Panzerkreuzer zu stimmen, nicht als Ultimatum aufzufassen sei. Das bisherige Regierungsverhältnis würde also nach Ansicht parlamentarischer Kreise nicht geändert werden, auch wenn die Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzer stimmen und das Zentrum vorläufig nicht im Kabinett vertreten ist. Die Bemühungen um die Schaffung der Großen Koalition können damit einstweilen als gescheitert angesehen werden.

•

Die Deutschnationalen und die Frage der Reichsreform.

vdz. Berlin. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat am Dienstag im Reichstag zusammen. In fast zweistündiger Rede behandelte der Parteivorsitzende Dr. Hugenberg die Frage der Reichsreform und machte hierüber eingehende Vorschläge, die sich nach gründlicher Aussprache der Parteivorstand zu eigen machte. In diesen Vorschlägen heißt es einleitend, daß die heutige Entwicklung in Deutschland eine Folge der marxistischen Erkrankung des Volksgeistes sei. Sie werde gefördert durch den Artikel 54 der Reichsverfassung, der die Regierungsgewalt von dem Vertrauens- und Mißtrauensvotum wechselnder Parteikoalitionen abhängig mache. **Die Beseitigung des Artikels 54 sei eine Grundvoraussetzung deutscher Gesundung.** Der zweite Grundfehler liege in dem **falschen Aufbau des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.** Die von Hugenberg vorgeschlagenen und vom Parteivorstand angenommenen **Revisionsforderungen** enthalten nicht weniger als **zwanzig Punkte.** Hervorzuheben sind davon die Forderung auf Aufhebung des Artikels 54 der Verfassung; der Reichspräsident soll zugleich preußischer Staatspräsident werden, der Reichskanzler preußischer Ministerpräsident. Die Kultusangelegenheiten sollten nur in den Ländern bearbeitet werden. Reichswirtschaftsministerium, Arbeitsministerium und Verkehrsministerium sollten zu einem Reichsarbeitsministerium und das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe mit dem Wohlfahrtsministerium zu einem preußischen Arbeitsministerium verschmolzen werden. Preußen solle seinen eigenen Finanzminister behalten. Nach den einzelnen Vorschlägen würde es in Berlin dann nur elf Minister gegenüber 20 heute geben. Gefordert wird weiter ein **gesunder Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern,** und daß **neue Aufgaben den Ländern und Gemeinden vom Reich nicht auferlegt werden dürften ohne gleichzeitige Regelung der Deckungsfrage.** Eine über das jetzige Maß hinausgehende Verteilung der preußischen Reichsratsstimmen auf die Provinzen sei mit den Lebensinteressen des preußischen Staates nicht vereinbar. **Zurückgewiesen werden die Vorschläge des Bundes zur Erneuerung des Reiches,** weil sie durch Schaffung einer **neuen Main-Linie die Einheit des Reiches gefährdeten.**

Die Sozialdemokraten zur Panzerkreuzerfrage.

vdz. Berlin. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nachmittag zusammen. Den Bericht über die Verhandlungen der Finanzsachverständigen und der Parteiführer erstatteten die Abg. Hertz und Breitscheid. Nach eingehender Diskussion, in der vor allem das ultimative Verlangen der bürgerlichen Parteien nach Aufgabe der bisherigen Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer erörtert wurde, beschloß die Fraktion bei Anwesenheit von 124 Mitgliedern mit 93 gegen 29 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen, bei der bisherigen Haltung in der Panzerkreuzerfrage zu bleiben.

•

Fraktionsführerbesprechungen der Reichstagsfraktionen.

* Berlin. (Telunion.) Nach der Fraktionsführerbesprechung beim Reichskanzler traten die Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer kurzen Sitzung zusammen, um die Berichte ihrer Unterhändler entgegen zu nehmen. Für Mittwoch nachmittag sind neue Fraktionssitzungen in Aussicht genommen. Im Laufe des Nachmittags wird eine neue Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler stattfinden.

•

Der Hintergrund der Koalitionsfrage.

Ein Brief Dr. Kaas' an den Reichskanzler.

* Berlin. (Telunion.) Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Vorsitzende der Zentrumspartei, Abgeordneter Dr. Kaas, wegen der Rede, die der Abgeordnete Dr. Breitscheid (Soz.) am Sonntag in Köln gehalten hat, ein Schreiben an den Reichskanzler Dr. Müller gerichtet. Der Abgeordnete Dr. Breitscheid hat in seiner Rede erklärt, die bürgerlichen Parteien der Mitte würden das soeben zustandegekommene Finanzkompromiß an der Panzerkreuzerfrage nicht scheitern lassen. In seinem Schreiben an den Reichskanzler bedauert Abgeordneter Dr. Kaas diese Aeußerung und erinnert an die von dem Abgeordneten Dr. Wirth im Auftrage der Zentrumsfraktion anläßlich der Verhandlungen über die erste Rate für den Panzerkreuzer abgegebene Erklärung, in der gefordert wurde, daß nunmehr die Panzerkreuzerfrage aus der politischen Erörterung verschwinden müsse.

•

Die Koalitionskrise im Spiegel der Berliner Presse.

Während gestern nachmittag die Stimmung noch ziemlich pessimistisch war und man bereits mit der Gesamtdemission des Kabinetts rechnete, hat sich nach der Aussprache, die gestern abend in der Reichskanzlei zwischen den Mitgliedern und den Führern der Fraktionen stattgefunden hat und die später in getrennten Lagern fortgesetzt wurde, eine gewisse Beruhigung bemerkbar gemacht.

Das Resultat dieser Beratungen charakterisiert die „Vossische Zeitung" dahin, daß die Auffassung siegte, daß die Regierung am Ruder bleiben und den Versuch machen müsse, den Etat in der Form parlamentarisch durchzubringen, die ihm durch die Vereinbarungen zwischen Kabinett und Parteien gegeben worden sei. — Auch der „Vorwärts", der sich scharf gegen die Fabrikation wilder Gerüchte und die eilfertigen Meldungen von einem bevorstehenden Rücktritt der Regierung wendet, ist der Ansicht, daß kein Grund bestehe, eine ausweglose Krise zu inszenieren, weil die sozialdemokratische Fraktion einen Beschluß gefaßt hat, wie ihn niemand anders von ihr erwarten konnte. — Nach der Ueberzeugung der „Germania" hat es den Anschein, daß man zur Lösung der schweren Krise den Weg beschreiten will, einen Modus zu finden, der es auch dem Zentrum gestatten würde, sich an der Regierung zu beteiligen. Ein solcher Schritt des Zentrums, betont das Blatt, wäre selbstverständlich nur dann möglich, wenn es nach der sachlichen Seite gelingen könnte, die Bindungen zu erzielen, ohne die ein Zusammenarbeiten der Regierungsparteien als unmöglich erscheint. Solche Bindungen müßten zunächst die Fragen des Etats betreffen und agitatorische Anträge, die über das Programm der Sachverständigen hinausgehen, unmöglich machen. Für die Zentrumspartei komme es auch heute nicht darauf an, in die Regierung einzutreten, sondern es gehe um die Gesundung unserer parlamentarischen Methoden und um die Sicherung einer sachlichen und erfolgreichen Regierungsarbeit.

SLUB
Wir führen Wissen.